

## Vom Verein zur Gemeinde - legalisierende Verkirchlichung

1895 war die *Deutsche Christliche Studentenvereinigung (DCSV)* gegründet worden. Sie konnte sich im Lauf der Zeit an vielen Hochschulorten etablieren, bis sie durch Erlass des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei vom 22.07.1938 verboten wurde. Stattdessen gab es beispielsweise in Leipzig Pfarrstellen für die "Studentenseelsorge für Angehörige der Evangelischen und der Katholischen Kirche ... Der Studentenfarrer steht allen evangelischen Studierenden zur Verfügung, die eine Aussprache über Fragen der Lebensauffassung und Lebensgestaltung suchen. Seine Sprechstunden sind durch Anschläge im Hauptgebäude der Universität bekannt gegeben."<sup>[1]</sup> Der katholische Studentenseelsorger bot neben akademischen Gottesdiensten, "Gemeinschaftsmessen der Studenten und Studentinnen" auch "Arbeitsgemeinschaften: ‚offene Abende‘ und besondere Vortragsveranstaltungen" an.

Wie sollte es nach dem 2. Weltkrieg weiter gehen? Sowohl die evangelischen Landeskirchen als auch die katholische Kirche erkannten schnell den hohen Stellenwert selbständiger Studentengemeinden. Im Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der späteren DDR kam die unsichere vereinsrechtliche und ideologische Situation dazu. Fast gleichzeitig zur Wiedereröffnung der Universitäten schufen sie deshalb reguläre Studentenfarrstellen. Obwohl es daneben noch einige Jahre lang Bemühungen gab, die Tradition vereinsförmiger Studentenarbeit außerhalb der Kircheninstitution wiederzubeleben, verabschiedete der *Vertrauensrat der Evangelischen Studentengemeinden in Deutschland* bereits am 27.04.1946 seine *Ordnung der Evangelischen Studentengemeinden in Deutschland*. Dadurch wurde die Arbeitstruktur innerhalb der legalen Institution Kirche gesichert.<sup>[2]</sup> In den kirchenpolitisch äußerst angespannten Wochen vor dem 17. Juni 1953 waren die Studentengemeinden besonders gefährdet. Das SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* griff z. B. den Hallenser Studentenfarrer vor seiner Verhaftung wie folgt an: "Der Studentenfarrer Johannes Hamel sah es als seine Aufgabe an, unter dem Deckmantel der Religion offene Kriegshetze zu treiben. Bereits zur Zeit der Volkswahlen betätigte er sich als bewusster Feind der demokratischen Ordnung und versuchte, Professoren und Studenten von der Teilnahme an den demokratischen Wahlen abzuhalten. Systematisch verbreitete er die Gerüchte des amerikanischen Hetzsenders ‚Rias‘. Im Interesse seiner westlichen Auftraggeber hetzte er gegen die Aufstellung nationaler Streitkräfte ..." <sup>[3]</sup> In dieser Auseinandersetzung wurden die *Grundsätze für die Ordnung der Studentengemeinden für den Bereich der*

<sup>[1]</sup> Direktor des Sächsischen Akademischen Auskunftsamtes für Studien- und Berufsfragen der Landesstelle für akademische Berufsberatung (Hg.), *Academicus - Studienhandbuch Amtliche Auskunft in allen Zulassungs-, Studien- und Prüfungsfragen für die Leipziger Hochschulen*, Leipzig 1938, Privatarchiv Rothe, 152.

<sup>[2]</sup> Noack, A., (im Auftrag der Ost-West-Studentenfarrerkonferenz 1975/76), *Die Evangelischen Studentengemeinden in der DDR. Ihr Weg in Kirche und Gesellschaft 1945 - 1975*; vervielfältigt in wenigen Expl., DIN A4, 280 Seiten, Merseburg 1984; einsehbar in der Geschäftsstelle der Evangelischen Studentengemeinden in der Bundesrepublik Deutschland, Köln. Noack dokumentiert, dass die revidierte Fassung der Ordnung vom 27.03.1949 vereinsmäßige Vorstellungen, insbesondere die relativ gleichberechtigte Laienmitverantwortung, integrieren konnte.

<sup>[3]</sup> *Neues Deutschland*, Die "Junge Gemeinde" - ein verlängerter Arm der Amerikanischen Agenten- und Spionagezentralen, Kommentar vom 24.4.1953; zit. in: Rosinger, H. ((im Auftrag des Bürgerkomitees des Landes Thüringen e.V.), "Im Interesse eines guten Verhältnisses". Die Zusammenarbeit der örtlichen Staatsorgane mit dem MfS bei der Realisierung von Maßnahmen, die zum "weiteren Differenzierungs-, Zersetzungs- und Verunsicherungsprozess innerhalb der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen beitragen", Suhl 1997 (Bürgerkomitee des Landes Thüringen e.V.), 78.

*Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik und Berlins*<sup>[4]</sup> fixiert, die sich seitdem als brauchbar erwiesen und bis 1989 im Konfliktfall immer wieder zur Legitimation formell herangezogen wurden:

“1. Mit der Einsetzung von Studentenpfarrern für den Dienst an den evangelischen Studentengemeinden nehmen die Evangelischen Kirchen in Deutschland ihren von Gott gegebenen Auftrag wahr, den Studierenden an den Universitäten, den Hoch- und Fachschulen das Evangelium zu verkündigen.

2. Der Studentenpfarrer wird von der zuständigen Kirchenleitung berufen. Er untersteht ihrer Dienstaufsicht und ist an die kirchlichen Ordnungen der Gliedkirche gebunden.

3. Das kirchliche Leben in den Studentengemeinden vollzieht sich in Gottesdiensten, im Gebrauch der Sakramente, in Andachten, Arbeitsgemeinschaften, kirchlichen Arbeitstagen, religiösen Vorträgen, Aussprachen und Gemeindeabenden, in Seelsorge und christlicher Liebestätigkeit.

4. Die Studentengemeinde, die alle evangelischen Studierenden an der betreffenden Hochschulen umfasst, wird in enger Zusammenarbeit mit den Vertrauensstudenten (Helfern) vom Studentenpfarrer geleitet.

5. Die Vertrauensstudenten (Helfer) werden nach örtlicher Gepflogenheit von der Studentengemeinde bestellt und auf Vorschlag des Studentenpfarrers von dem leitenden Geistlichen der Gliedkirche in ihrem Amte anerkannt. Sie versehen ein kirchliches Amt wie Gemeindeälteste oder Gemeindeglieder.

6. Die von den Gliedkirchen berufenen Studentenpfarrer treten zu regelmäßigen Dienstbesprechungen zusammen.”<sup>[5]</sup>

Die kirchlich verfassten Studentengemeinden waren “sich ihres Bildungsauftrages bewusst”<sup>[6]</sup> und entwickelten sich zu sozialisierenden Bildungsorten, deren Wirkungen nachhaltig in Kirche und Gesellschaft hineinreichten.

Nur vereinzelt gab es auch anders strukturierte evangelische Studentengruppen, beispielsweise im Raum der *Landeskirchlichen Gemeinschaften* und nicht zuletzt in der *Evangelisch-methodistischen Freikirche*, die ein eigenes *Studentenwerk* unterhielt, um die “Verbindung ... zu ihren Gliedern und Angehörigen zu halten ... [und] Strukturen für Information, offenes Gespräch und Bildungsarbeit”<sup>[7]</sup> zu entwickeln. Ende der 50er Jahre wurde auf Anregung der westdeutschen *Christlichen Akademischen Vereinigung (CAV)* in Ostberlin ein Studentenkreis gegründet, der durch seinen langjährigen ehrenamtlichen Leiter Fritz Maschutat, Lektor der *Zentrale des Evangelischen Jungmännerwerkes*, hier seine Anbindung fand und zeitweise die örtliche ESG deutlich in den Schatten stellte.

---

<sup>[4]</sup> Anlage zu K.B. II. 1233/53. IIIa. EKID - Kirchenkanzlei - Berliner Stelle, Berlin C2, 16.Mai 1953; zit. in: Noack, A., *Die ESGen in der DDR*, ebd., 18.

<sup>[5]</sup> Ebd.

<sup>[6]</sup> Noack, A., *Von der Opposition in die Innerlichkeit? Studentengemeinden in den 80er Jahren*; in: Kaiser, G., Frie, E., *Arbeitskreis Christen, Staat und Gesellschaft in der DDR. Vorträge und Diskussionen 1993/94*, (Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen), Düsseldorf 1994, 87. Dort heißt es: “Bis heute bezeugen Studierende, ...dass sie mehr an Bildung in der Studentengemeinde als im eigentlichen Studium mitbekommen hätten.”

<sup>[7]</sup> *Ordnung des Studentenwerkes der Evangelisch-methodistischen Kirche in der DDR, 1972*, Informationsblatt, Ormigabzug, Privatarchiv Rothe. Dort heißt es zu “(2.) Arbeitsweise: Die Arbeit des Studentenwerkes vollzieht sich auf folgende Weise: - durch Bildung und Förderung von Arbeits- und Gesprächskreisen (besonders an Hochschulorten) - durch Anregung und Durchführung von Rüstzeiten und Tagungen - durch Informationen, die zur geistigen Bewältigung der Situation des Christen beitragen und der Behandlung und Klärung der von Studenten und Akademikern gestellten Fragen dienen... (3.4.) Die Planung der Arbeit des Studentenwerkes obliegt dem Konvent. Er setzt sich zusammen aus dem Studentensekretär, verantwortlich mitarbeitenden Akademikern und Pastoren sowie Vertretern („Vertrauensstudenten“) der Kreise an Hochschulorten.” Ebd.

## Marginalisierung und ideologische Diskreditierung

Die in der Folgezeit sich entwickelnden themenorientierten Bildungs- und Gemeinschaftsformen mussten sich im Konfliktfall gegenüber Staat oder Kirche immer wieder auf die gemeindlich verfasste Ordnung zurückführen lassen, weil "eine exakte definitorische Ortsbestimmung der Studentengemeinden in der staatlichen Gesetzgebung bzw. im gesellschaftlichen Leben der DDR nicht zu finden"<sup>[8]</sup> war. Dementsprechend wurde Studierenden gesellschaftswissenschaftlicher oder anderer politisch-ideologisch relevanter Fachrichtungen durchaus einige Zivilcourage abverlangt, sich zur ESG zu halten. Nichtsdestoweniger blühten die Studentengemeinden in den 50er Jahren.

Z.B. gab es in der Leipziger Studentengemeinde Mitte der 50er Jahre: "200 bis 300 Besucher unserer wöchentlichen Bibelstunde, über 30 Klein- und Hauskreise, Rüstzeiten, Begegnungen mit anderen Studentengemeinden in der DDR und mit unseren vier westlichen Patengemeinden (Erlangen, München, Münster/W., Saarbrücken), Vortragsreihen über aktuelle Themen im größten Hörsaal der Universität (Anatomie), Wahrnehmung von Einladungen der Ev. Akademien in Ost und West, Spielschar, Posaunenchor, Kurrende, rege karitative Tätigkeit, zwei attraktive Schaukästen. Die FDJ hatte den Eindruck, nicht sie, sondern die ESG sei die Kraft, die die Leipziger Studentenschaft bestimmte."<sup>[9]</sup>

Nachdem die restriktive staatsideologische Disziplinierung der Hochschulen die Evangelischen Studentengemeinden in den ersten 60er Jahren wieder zurückgedrängt hatte, mussten sich die Studentengemeinden aus dem offiziellen Öffentlichkeitsbild des Hochschulbetriebes bzw. des studentischen Lebens zurückziehen. Mit dem Grundsatz strikter *Trennung von Staat und Kirche* wurden strengste Verbote begründet. Beispielsweise durften die Aushangstafeln der Einrichtungen nicht für Bekanntmachungen genutzt werden. Zum Ausgleich standen nur vereinzelt kirchliche Schaukästen, christliche Buchhandlungen und Konzertkirchen zur Verfügung, um in der Öffentlichkeit zu werben. Unter diesen Umständen war es sehr erschwert, die Studierenden der jeweils neuen Matrikel zu erreichen. Hinweise durch die Pfarrer der jeweiligen Heimatgemeinden auf ansprechbare Studienanfänger waren eher die Ausnahme. Die umfassende Ausgrenzung setzte sich in offensiven ideologischen und disziplinierenden Restriktionen fort. Eine neuerliche Verschärfung entstand nach dem Einmarsch der Warschauer Vertragsländer in Prag 1968. Im gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht, in der obligatorischen FDJ-Gruppenarbeit sowie in der individuellen Studentenbetreuung durch die als *Seminargruppenbetreuer* eingesetzten Assistenten wurde teilweise massiv und unter Androhung des Studienplatzverlustes vor *gewissen staatsfeindlichen* Umtrieben und dem Besuch der Studentengemeinden gewarnt.

Der Untersuchende erinnert sich an eine karnevalistische Geselligkeit, die 1970 in der ESG Karl-Marx-Stadt hinter verdunkelten Fenstern stattfand und an Patronatsfeste der KSG Leipzig in diesem

---

<sup>[8]</sup> Noack, A., Die ESGen in der DDR, ebd., 41. "Ganz formal gesehen, müsste sich eigentlich der Eindruck nahe legen, dass es die Studentengemeinden gar nicht gibt." Ebd.

<sup>[9]</sup> Schmutzler, G.-S., Opposition in der frühen DDR. Die Evangelische Studentengemeinde (ESG) Leipzig in den 50er Jahren; in: Kaiser, G., Frie, E. (Hg.), Arbeitskreis Christen, Staat und Gesellschaft in der DDR. Vorträge und Diskussionen 1993/94 (Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen), Düsseldorf 1994, 66. Um 1960 nahmen "300 Personen an den wöchentlichen Bibelstunden, 500 an den Semestergottesdiensten teil." Mendt, D. (damaliger Studentenpfarrer), Rede zur Jubiläumsfeier am 2.11.1996 in der Thomaskirche "50 Jahre Evangelische Studentengemeinde Leipzig"; persönliche Mitschrift. Trotz dieser unübersehbaren Breitenwirkung, erklärte Mendt, "hatten wir uns daran gewöhnt, ...als gesellschaftliche Größe gestrichen zu sein". Öffentlichkeitsauftrag und Mission wurden seiner Ansicht nach bereits zu dieser Zeit nicht mehr wahrgenommen durch die Institution, sondern durch die Person an ihrem "Platz in der Welt", die durch "kleine Kreise" und "intensive Schulung im Umgang mit der Bibel" sowie durch "Vorbereitung auf die Ortsgemeinde" in der Studentengemeinde dazu befähigt werden sollte. Die dafür nötigen strukturellen und soziologischen Voraussetzungen der kirchlichen Institution werden in dieser DDR-typischen gemeindetheologischen Sicht eher vernachlässigt. Vgl. Schmutzler, G.-S., Gegen den Strom. Erlebtes aus Leipzig unter Hitler und der Stasi, Göttingen 1992.

Zeitraum, die ihre Veranstaltungsgenehmigung für eine öffentlichen Gaststätte nur mit der formalen Tarnung als Hochzeitsgesellschaft erlangte.

Hochschulpolitische Wirksamkeit blieb "der ESG trotz engagierter Bemühungen fast gänzlich versagt"<sup>[10]</sup>.

### **Milieubildung und praktische Ökumene**

Die psychosoziale Zusammensetzung hing von der Größe einer Studentengemeinde ab. Diese bestimmte den jeweiligen Grad von Anonymität oder persönlicher Integration. Die Gewinnung von Veranstaltungsteilnehmenden und Mitgliedern war vor allem auf *Mundpropaganda* und ausgeprägte individuelle Eigenmotivationen angewiesen.

"Zu ihren Mitgliedern zählten nicht etwa in erster Linie Theologiestudenten; stark vertreten waren in der ersten Zeit beispielsweise Studenten der Veterinärmedizin und der Forstwissenschaft."<sup>[11]</sup>

Allmählich bildete sich ein spezifisches Milieu, das neben Studierenden und jüngeren Absolventen auch Krankenschwestern bzw. medizinisch-technisches Personal und andere Nichtakademiker integrierte und sich durch folgende Merkmale von seiner Umgebung abhob: hohe Reflexionsbereitschaft, gesellschafts- und kirchenkritische Haltung, christliche Motivation bzw. Interesse an christlichen Inhalten oder Kommunikationsformen, eingeschränkte Teilhabe an westeuropäischer Jugendkultur und studentischen Rebellionsformen, subkulturelle Identität, starkes Interesse an themen- und gruppenorientierter Gemeindefarbeit. Damit verbanden sich vorhandene Bedürfnisse nach persönlicher Beratung und seelsorgerischer Unterstützung. Letztere nahmen ab Mitte der 70er Jahre signifikant zu.<sup>[12]</sup>

Es bestand eine intensive ökumenische Kooperation zwischen evangelischen (ESG) und katholischen (KSG) Studentengemeinden: Referententausch, Begegnungstage, gemeinsame Veranstaltungen, gegenseitige Teilnahme bestimmten die Normalität. Die auffälligen - teilweise fotografisch reizvoll gestalteten - Semesterprogrammhefte im DIN A6-Querformat, die als Samisdat-Editionen DDR-weit in ähnlicher Form auf Wachsmatrizenbasis erschienen, wurden generell von ESG und KSG des Ortes paritätisch herausgegeben.<sup>[13]</sup>

### **68er Studentenbewegung**

Um 1970 erlebten viele Studentengemeinden wieder einen deutlichen Aufschwung mit häufig verdoppeltem Zulauf.<sup>[14]</sup> Die westeuropäische 68er Studentenbewegung fand hier ihren eingegrenzten Einflussbereich in der DDR.<sup>[15]</sup> Einige der zumeist nebenamtlichen Studentenpfarrstellen wurden in dieser Zeit in halbe oder ganze Stellen umgewandelt (z.B. Erfurt, Karl-Marx-Stadt). Waren es Mitte der 50er Jahre

<sup>[10]</sup> Noack, A., Von der Opposition in die Innerlichkeit?, ebd., 83.

<sup>[11]</sup> Steinlein, R., Die gottlosen Jahre, Berlin 1993, 43.

<sup>[12]</sup> Vgl.: Noack, A., Von der Opposition in die Innerlichkeit?, ebd., 84.

<sup>[13]</sup> Vgl. Straube, P.-P., Katholische Studentengemeinde in der DDR als Ort eines außeruniversitären Studium generale (Reihe Erfurter Theologische Studien, im Auftrag des Philosophisch-Theologischen Studiums Erfurt hg. von K. Feiereis und G. Hentschel Bd. 70), Leipzig 1996.

<sup>[14]</sup> Den Wechsel des Zeitgeistes, markiert durch die Jahreszahl 1968, spiegelten die *Rechenschaftsberichte des Rates der EKdD* charakteristisch wieder. Noch 1967 hieß es: "Es fällt auf, dass die studentische Jugend heute stärker als noch vor einigen Jahren bereit ist, sich in die staatliche Ordnung einzufügen. Die negativen Aspekte dieser Haltung reichen von Konformismus bis zu politischer Apathie." 1968 hingegen: "In der Studentendarbeit hat sich in der Berichtszeit ein tiefgreifender Wandel vollzogen. Die politische Leidenschaft... (ist) eine im deutschen Protestantismus völlig neue Erscheinung." Noack, A., Die ESGn in der DDR, ebd., 99.

<sup>[15]</sup> Obwohl wir nicht mit den Studenten auf die Straße gehen konnten, war aber dieser Idealismus uns nicht fremd. Vor allen Dingen auch der Idealismus, dass der Sozialismus doch die gerechtere Gesellschaftsform ist als der Kapitalismus." Misselwitz, R. (Pastorentochter, Theologiestudentin), Mein Lebenslauf von heute aus gesehen; in: Calließ, J. (Hg.), Lebenslauf und Geschichte. Zur historischen Orientierung im Einigungsprozess, Loccum Protokolle 63/92, Rehburg-Loccum, 1993, 18.

über zwanzig<sup>[16]</sup>, gab es 1972 31 Studentengemeinden in der DDR bei insgesamt über 165.000 Studierenden an Fach- und Hochschulen.

Sie bestanden aus "15...500 Gemeindegliedern, 10 davon mit einem hauptamtlichen, 21 mit einem nebenamtlichen Studentenpfarrer... Wöchentlich versammeln sich ca. 2000 Studenten zu unseren Gemeindeabenden...(bei) einem Kern von ca. 4000 Gemeindegliedern"<sup>[17]</sup>.

Neben den parallelen Anfängen der *offenen Jugendarbeit* und der sich selbst organisierenden evangelikal-charismatischen *Jesus-People-Bewegung* entwickelte sich die neuerliche "Aktivierung der evangelischen Studentengemeinde(n)"<sup>[18]</sup> zu einer attraktiven Bildungs- und Begegnungsarbeit.

Dieser Trend weckte aber auch Gegenstimmen: "Klagen über eine gewisse Überbewertung der geistigen Information, eine gewisse intellektuelle Überzüchtung, scheinen mir doch berechtigt zu sein. Es ist sicher notwendig, dass durch die Studentengemeinde Nachträge zur Allgemeinbildung gegeben werden; viele Probleme und Fragestellungen werden in der Schule und vom Studium nicht berücksichtigt. Aber man soll vorsichtig sein, sich von diesem Interesse an geistiger Bildung nicht von den eigentlichen Problemen unseres Lebens ablenken zu lassen. Vor allem darf Allgemeinbildung, Diskussionsfähigkeit, Interesse an den ‚höheren geistigen Dingen‘ nicht zur Voraussetzung für die Teilnahme an der ESG gemacht werden, sondern muss Zielsetzung und dies auch nur in einer bestimmten Eingrenzung bleiben, damit wir einen Teil derjenigen, die durchaus den Kontakt zu der ESG suchen, nicht vor den Kopf stoßen oder ganz ausschließen."<sup>[19]</sup>

Es kam insgesamt zu einer stärkeren "Hinwendung und Öffnung der Kirche für die jüngere Generation ..., was eine Basis für die spätere Arbeit von thematischen Gruppen innerhalb der Kirche werden sollte."<sup>[20]</sup> Die traditionellen Bibelabende und Gottesdienste verwandelten sich in diskursive sozioethische Themenarbeit, und es kam zur Ausbildung basisdemokratischer Mitbestimmungsregelungen.<sup>[21]</sup>

## Die Rolle der ESG-Geschäftsstelle

### *Strukturelle Eigenständigkeit*

Bereits 1952 war eine parallele *Geschäftsstelle für die DDR und Groß-Berlin* eingerichtet worden, um das in den Nachkriegsjahren begonnene schnelle Wachstum der Gemeinden zu fördern, ohne die landeskirchlichen Kompetenzen zu überschreiten. 1967 - noch vor der institutionellen Trennung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR von der EKID - wurde die organisatorische Trennung der *Evangelischen Studentengemeinden in Deutschland (ESGiD)* in *ESG (DDR)* und *ESG (BRD)* vollzogen. Einziger institutioneller Ausdruck der Zusammengehörigkeit der evangelischen Studenten(-gemeinde-)bewegung blieb der *Vertrauensrat* aus je 6 Vertretern, der die Wahl beider *Generalsekretäre* zu bestätigen hatte. Die Außenvertretung im *Studentenweltbund*<sup>[22]</sup> wurde fortan von beiden selbständig wahrgenommen.

<sup>[16]</sup> Schmutzler, G.-S., *Opposition in der frühen DDR*, ebd., 66.

<sup>[17]</sup> Geschäftsstelle der ESGn in der DDR, Studentengemeinden (SCMs) Europas, (15) Deutsche Demokratische Republik (Bericht im Rahmen der Präsentation der Europäischen Region des Christlichen Studentenweltbundes WSCF für die XXVI. Generalversammlung in Addis Abeba (Äthiopien) vom 28.12.1972 - 05.01.1973, Ormigabzug, DIN A4, 7 Seiten; Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hg.), *Statistisches Jahrbuch 1972 der DDR*, 17. Jg., Berlin 1972, 391 f.

<sup>[18]</sup> Dohms, S., *Die Friedensarbeit innerhalb der Evangelischen Kirche in der DDR - bezogen auf das Gebiet des Stadtkreises Leipzig - (Chronologie von 1960 - 1989)*, Fachschulabschlussarbeit Leipzig 1991, zit. nach Vester, M. u. a., *Soziale Milieus in Ostdeutschland*, Köln 1995, 199.

<sup>[19]</sup> Haupt, D., *Einige Überlegungen zur Zielstellung der Ev. Studentengemeinde*; in: *Ev. Studentengemeinden in der DDR, Geschäftsstelle, Kontakt Juni 1971, Periodikum, Ormigabzug*, 2.

<sup>[20]</sup> Ebd.

<sup>[21]</sup> „Zahlreiche der heute oft noch anzutreffenden ESG-,Organe' (*Vollversammlung, Mitarbeiterkreis, Senat etc.*) haben hier ihren Ursprung." Noack, A., *Von der Opposition in die Innerlichkeit?*, ebd., 82.

<sup>[22]</sup> World Student Christian Federation (WSCF).

## **Vom Progressivismus zum Opportunismus**

Die *Geschäftsstelle der Evangelischen Studentengemeinden in der DDR in Berlin (Ost)* vertrat Anfang der 70er Jahre einen spezifischen kirchen- und gesellschaftspolitischen Kurs. Er unterschied sich gravierend von anderen Positionen innerhalb des Kirchenbundes<sup>[23]</sup> und hob sich von den Erfahrungen und gesellschaftskritischen Haltungen vieler studentengemeindlicher Vertreter und Studentenfarrer um so deutlicher ab, als er sich von unabhängigen linkssozialistischen Optionen weg zu offen staatskonformen Orientierungen hin entwickelte.

Die Geschäftsstelle gab sich in dieser Phase ein betont progressives Image und beanspruchte, die richtige positiv vermittelnde Position zu den gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen einzunehmen. Besaß sie auch keinen unmittelbaren Einfluss auf die meisten Studentengemeinden, hatte sie doch eine bündelnde Brückenfunktion und besondere Bedeutung für haupt- und ehrenamtliche Multiplikatoren. Kaschiert mit modisch-revolutionären Vokabeln, vollzogen die Mitarbeiter der Geschäftsstelle einen fundamentalen "Wechsel vom Verbindungsglied zwischen den einzelnen Gemeinden hin zu einer den Gemeinden letztlich vorgeordneten Instanz"<sup>[24]</sup>. 1970 attestierte der gesamtkirchliche *Beirat* der Geschäftsstelle eine "Gefährdung der Gesamtarbeit und der Arbeit in den einzelnen Gemeinden"<sup>[25]</sup>. Es gelang jedoch, die Mehrheit der *Ökumenischen Ost-West-Studentenfarrerkonferenz* dafür zu gewinnen, diese Einschätzung der "einseitige(n) und parteiliche(n) Aktivität der Geschäftsstelle" in der Sache zurückzuweisen und lediglich "'autoritäres' Auftreten"<sup>[26]</sup> zu kritisieren.

## **Politische Bewusstseinsbildung**

Begriffe wie "*Prozess politischer Bewusstseinsbildung*" wurden seitens der Geschäftsstelle im Kontext ihrer Motivation zum "klaren antiimperialistischen Engagement"<sup>[27]</sup> verwendet. Darin wurde die Hauptaufgabe ideologischer Bildungsarbeit mit Studierenden gesehen, die zu einem neuen Verhältnis zur christlichen Tradition und zur gesellschaftlichen Situation geführt werden sollten. Andere Erwartungshaltungen eines politischen Bildungsinteresses, das in den Studentengemeinden einen ideologiefreien bzw. christlichen Raum suchte, um unvoreingenommen auch staatskritische Positionen zu diskutieren, wurden massiv zurückgewiesen.

Sie wurden als eine der berechtigten "Hauptquellen für das Misstrauen, mit dem staatliche und Universitätsstellen alle... nicht-religiösen Themen und Aktivitäten beobachten" denunziert; es wurde sogar als "echte(n) Gefahr" bezeichnet, "wenn (und weil) Studenten auf diese Weise jeglichen ideologischen Lernprozess zu vermeiden suchen, von daher immer weniger zur Kommunikation mit ihren marxistischen Kommilitonen fähig werden und sich selber disqualifizieren in einer Gesellschaft, die von ihren künftigen Kadern in Wirtschaft, Bildungswesen, Kultur und Politik nicht nur Wissen, sondern auch ein wahres Klassenbewusstsein erwartet."<sup>[28]</sup>

Angesichts der umfassenden Abschottung und Observierung der DDR-Bevölkerung wirkten solche Argumentationen zynisch und rechtfertigten die staatlichen

<sup>[23]</sup> Trotz politischer Nähe zu staatsideologisch loyalistischen Gruppierungen wie Christliche Friedenskonferenz (CFK), (Ost)-CDU, Christliche Kreise der Nationalen Front, Gossner-Mission und Ökumenischer Jugenddienst, wurde diesen gegenüber ein eigengeprägter linker Progressivismus herausgestellt; s. Quellentext zur Rolle der ESG-Geschäftsstelle in der DDR (Anfang der 70er Jahre): "Unser prinzipielles Ja zum Aufbau des Sozialismus"

<sup>[24]</sup> Noack, A., Die ESGn in der DDR, ebd., 62.

<sup>[25]</sup> Ev. Studentengemeinden in der DDR, Geschäftsstelle (Hg.), Kontakt - Berichte - Eindrücke - Ankündigungen, Beschluss des Beirates, Ausgabe März 1970, 9.

<sup>[26]</sup> Ev. Studentengemeinden in der DDR, Geschäftsstelle (Hg.), Kontakt - Berichte - Eindrücke - Ankündigungen, Beschluss des Beirates, Ausgabe April 1970, 7.

<sup>[27]</sup> Geschäftsstelle der ESGn in der DDR, Studentengemeinden (SCMs) Europas, (15) Deutsche Demokratische Republik, ebd., 3.

<sup>[28]</sup> Ebd., 4.

Zensurmaßnahmen. Die "Geschäftsstellenfunktionäre"<sup>[29]</sup> verlangten von der politischen Bildungsarbeit in den Studentengemeinden schließlich, sie solle "die Gemeindeglieder zum persönlichen Engagement in den vorgegebenen Bahnen (FDJ, CDU, Nationale Front etc.) motivieren" und "romantische Sozialismusvorstellungen... desillusionieren"<sup>[30]</sup>. Ungeachtet dieser ideologischen Vorgaben wurden die Studentengemeinden gleichzeitig als "Übungsfeld" für radikale Demokratie, partizipatorische Arbeit, verantwortliches Handeln in der Gesellschaft und zur Überwindung falscher Autoritätsvorstellungen<sup>[31]</sup> dargestellt und gegenüber der Amtskirche vertreten.

## **Ost-West-Partnerschaften als Nadelöhr politischer Bildung**

### ***Partenschaften und Partnerschaften***

Die Ost-West-Partnerschaftsarbeit, wie sie aus den bereits 1946 begonnenen Partenschaften westdeutscher zu ostdeutschen Gemeinden hervorgegangen war und zahlreiche Pendanten in anderen kirchlichen Arbeitsfeldern hatte, entwickelte sich zu einer wichtigen Nadelöhr-Aufgabe für die deutsch-deutsche Begegnung und die politische Bildung im ostdeutschen Studentenmilieu. Die Ökumenischen Studentenpfarrerkonferenzen und die regelmäßigen halblegalen Partnertreffen der Studentengemeinden, die wegen der Einreisebedingungen bzw. Ausreiseverbote in der Regel in Ostberlin<sup>[33]</sup>, während der Leipziger Messe und "in Sommerfreizeiten in sogenannten Drittländern (Ungarn, Polen, CSSR)"<sup>[34]</sup> stattfanden, sorgten für kontinuierliche Basiskontakte und ständigen Ost-West-Austausch. Sie brachten Literatur über die Grenze und waren eine kaum zu überschätzende Impulsquelle für den Anschluss an moderne gesellschaftspolitische, sozialphilosophische und theologische Entwicklungen.

### ***Studentische Motivlagen***

Die zeitgeistig und jugendkulturell überwölbten Motivlagen der ostdeutschen und westdeutschen Studenten waren durchaus unterschiedlich. Beispielsweise nannten westdeutsche *Thesen zur Partnerarbeit 1970*<sup>[35]</sup> zuerst touristische, im Weiteren

---

[29] Selbstbezeichnung; Die eigentümliche Position charakterisiert folgende Episode: Zu den Internationalen Welfestspielen der Jugend 1973 in Berlin (Hauptstadt der DDR) gaben die evangelischen Träger des Veranstaltungszentrums in der Marienkirche eine viel beachtete Pressekonferenz. Auf entsprechende Anfrage eines RIAS-Journalisten erklärte die damalige Pastorin im Reisedienst der ESG-Geschäftsstelle, sie könne sich gut vorstellen, auch als Marxismusdozentin zu arbeiten. Dem Untersuchenden erklärte sie hinterher, sie habe wohlweislich nicht von Marxismus-Leninismus gesprochen, aber es sei schädlich, dies einem Westreporter auf die Nase zu binden. Rothe, A., persönliche Erinnerung.

[30] Anonymus, Kampf für den Sozialismus in Europa; in: Kontakt, Dez. 1972, 3.

[31] Geschäftsstelle der ESGn in der DDR, Studentengemeinden (SCMs) Europas, (15) Deutsche Demokratische Republik, ebd., 5.

[33] Z. B. die Partnerschaft zwischen der ESG Karl-Marx-Stadt, ESG Mannheim und ESG Reutlingen. Bereits 1948 hatte die in Westdeutschland erscheinende Zeitschrift *Der christliche Student* (Nr.10) Partenschaftslisten veröffentlicht; sog. Hilfswerkgelder, Päckchenaktionen an Studenten und Gemeinden in der DDR sowie die verbotene Versorgung mit Zeitschriften und Nachrichten waren eine elementar wichtige Unterstützung; vgl. Noack, A., Die ESGn in der DDR, ebd., 162 ff. "Die Partnertreffen werden nicht gerade geheim gehalten, aber auch nicht sonderlich propagiert. Diese ‚halboffizielle‘ Stellung der Partnertreffen verlangt von allen Teilnehmern Disziplin hinsichtlich des Einhaltens der Zoll- und Devisenbestimmungen, was nicht immer verständlich gemacht werden kann." Ebd., 177.

[34] Noack, A., Von der Opposition in die Innerlichkeit?, ebd., 87.

[35] (a) Berlinitourismus (Weltstadt, Theater, Apo, persönliches Interesse, Verwandtenbesuch etc.); (b) gesamtdeutsches Relikt (Frontstädterlebnis, missionarischer Eifer, Onkel aus Amerika, Freiheitsapostel); (c) Systemvergleich: 1. Konvergenztheorie; 2. kritisches Korrektiv: DDR-Sozialismus: Messbarkeit westlicher sozialistischer Theorie an der sozialistischen Praxis in der DDR (Hochschulreform, Mitbestimmung, Demokratisierung der Gesellschaft); (d) theologische Motivation (emanzipatorische Funktion der Kirche, Friedensfunktion); (e) menschliche Kontakte. Sinnvoll für beide Studentengemeinden scheint die Weiterführung der Partnerarbeit nur unter den Gesichtspunkten c) 2. bis e). Die Punkte a), b), c) 1. sollten in der künftigen Gestaltung der Partnertagungen abgebaut werden. Punkt e) sollte nicht zum Selbstzweck

gesamtdeutsche und politische Vergleichsinteressen sowie menschliche Beweggründe, die zur Teilnahme an Ost-West-Partnertreffen führten. Empirisch überwog demgegenüber bei ostdeutschen Studierenden das vitale Interesse, auf diese Weise ein Fenster zur Welt öffnen und sich etwas hinauslehnen zu können.

Der gewünschten Kommunikation zum Abbau gegenseitiger Vorurteile standen allerdings eine Reihe von Schwierigkeiten entgegen, die von der ostdeutschen Geschäftsstelle zutreffend durch Ausdrucksformen unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Rollenvoraussetzungen beschrieben wurden. Moderne gesellschaftspolitische und philosophische Themen entsprachen diesen Interessen, während staatsideologische Vorgaben in der Regel beiderseits auf Ablehnung stießen.

“a) gesellschaftspolitische Differenzen: so wird etwa eine Sozialismuskonversation von beiden Seiten unter verschiedenen Aspekten geführt. Sozialistisches Engagement impliziert in der BRD eine Protesthaltung, während es in der DDR den Vorwurf des Konformismus oder der Anpassung auf sich ziehen kann im Sinne der Verhinderung eines kritischen Gegenüber Staat - Kirche... d) In der ESG der DDR dominiert in der Regel ein individualistischer Ansatz der Sozial-Gesellschafts-Ethik, während in der BRD der individualistische Ansatz zurückgedrängt wird zugunsten eines gesellschaftlich-strukturellen Ansatzes.”<sup>[36]</sup>

### ***Ost-West-Kommunikation in der Sicht der ESG-Geschäftsstelle (um 1970)***

Die Zeitphase um 1970 ist besonders geeignet, Intensität und Aktualität des politischen Bildungshandelns innerhalb der Studentengemeinden im Zwielficht staatsloyalistischer Einflussnahmen und Interpretationen der damaligen Geschäftsstelle zu erhellen, wie sie in dieser Zuspitzung wohl selten war. Die programmatische Begleitung der Ost-West-Kontakte behielt sich die Geschäftsstelle vor; praktisch beruhte die Begegnungsarbeit aber im Wesentlichen auf den Absprachen der Studentenpfarrer und den entstehenden studentischen Kontakten. Diesem unabhängigen Selbstverständnis der Gemeinden setzte die Geschäftsstelle ihre “Korrektur zu den Erwartungen der Gemeinden”<sup>[37]</sup> entgegen.

Sie stellte fest, dass Partnertagungen u. a. die problematische Gelegenheit böten, “persönliche Kontakte mit Studenten der BRD zu knüpfen” und dass “Informationen von Studenten aus der BRD über Sachfragen und Probleme den Horizont der DDR-Studenten erweitern.” Dabei registrierte sie treffend, “der Gefahr eines ‚Auseinanderlebens‘ in beiden Teilen Deutschlands kann bei Partnertagungen begegnet werden.” Weiterhin wurde eingeschätzt: “DDR-Studenten können keine Gegenkonzeptionen bieten. Sie identifizieren sich nicht mit der offiziellen Position der DDR, über die westlichen Konzeptionen sind sie zu wenig informiert, um mit ihrer Hilfe oder in Auseinandersetzung mit ihnen eine eigene Konzeption bzw. Position zu formulieren... “Auch bei gleicher Information... zeigen sich die DDR-Studenten der Diskussion nicht gewachsen, sie sind unsicher auf dem Gebiet der sogenannten Geisteswissenschaften (Grund: einseitige naturwissenschaftliche Ausrichtung). Die BRD-Studenten zeigen sich soziologischen und gesellschaftspolitischen Fragen vertrauter.” Während die westlichen Partner ein starkes “Kämpferbewusstsein” hätten, herrsche “bei DDR-Studenten Schizophrenie: sie stimmen Klagelieder an. Möglichkeiten zur echten Mitarbeit fehlen, der ideologische Druck und die Unfreiheit machen es unmöglich, die eigene Meinung zu sagen, echte überzeugte und zugleich offene marxistische Gesprächspartner fehlen. Zugleich existiert ein DDR-Bewusstsein, das die Ökonomie des Sozialismus und die sozialen Vorzüge in der DDR bejaht und das ‚Revoluzzertum‘ und die unklaren Konzeptionen der linken BRD-Studenten ablehnt. Diese Schizophrenie hat ihren Grund in einer unreflektierten Haltung gegenüber dem DDR-Sozialismus.”<sup>[38]</sup>

---

erhoben werden.” Grundlage dieser Analyse war eine Beschlussvorlage der Arbeitsgruppe Partnerarbeit bei der Delegiertenkonferenz der ESG im Februar 1970, die der Arbeitsausschuss im Juni 1970 in Hannover zur Kenntnis genommen hat. Anonymus, Stichworte der westdeutschen Partnerreferentenkonferenz im Mai 1970, maschinenschriftlich, Privatarhiv Rothe.

<sup>[36]</sup> Geschäftsstelle der Evangelischen Studentengemeinden in der DDR (Schulze, F.), Zwischenbericht zur Partnerarbeit, Berlin 1970, Ormigabzug, Privatarhiv Rothe.

<sup>[37]</sup> Ebd.

<sup>[38]</sup> Ebd.

Solche Forderungen nach ideologischen Anpassungsleistungen wurden mit ständigen Versuchen verbunden, gegen populäre unorthodoxe Lehrabweichungen marxistischer Prägung und sog. spätbürgerliche Vorstellungen zu immunisieren. Besonders wandten sich die Geschäftsstellenmitarbeiter "gegen die Erwartung, dass Informationen von den BRD-Studenten den Horizont der DDR-Studenten erweitern" könnten; sie rechneten "mit der z. T. tatsächlich vorhandenen Überlegenheit der BRD-Studenten"<sup>[39]</sup>. Die deutsche Identitätsfrage im Kontext der Zweistaatlichkeit wurde systemkonform im Sinne verstärkter Abgrenzung beantwortet.

"Ein gesamtdeutsches Bewusstsein ist also durchaus noch vorhanden, wenn auch nicht mehr durchgängig. Dieses Bewusstsein basiert auch nicht nur auf der gemeinsamen deutschen Sprache und der gemeinsamen Geschichte, sondern versucht, von der Wiedervereinigung her zu denken. Die gemeinsame deutsche Geschichte spielt für Partnertreffen nur eine geringe Rolle, für die dort behandelten Probleme sind die zwanzig Jahre getrennter Geschichte weitaus wichtiger." Trotzdem wurde die denkbare "Konsequenz, die Partnerschaft zwischen Gemeinden der BRD und der DDR aufzugeben", nicht gezogen, weil bei "Vor- und Nacharbeit der Partnertreffen" doch "im partnerschaftlichen Gegenüber mit Christen einer anderen Gesellschaftsordnung der Standpunkt in der eigenen Gesellschaft gefunden werden" könne. Der "Erfolg" stelle sich ein, wenn "die eigene Klärung und Reflexion der Situation im DDR-Sozialismus auch unabhängig von Partnertreffen erfolgt".<sup>[40]</sup>

### ***Ideologische Themen- und Teilnehmerauswahl***

Die Geschäftsstelle versuchte zumeist erfolglos, Einfluss auf die Themenstellungen der deutsch-deutschen politischen Bildungsarbeit in den Studentengemeinden zu nehmen.

Es wurden immer wieder tendenziöse *Themenkomplexe* in Vorschlag gebracht, wie "Fragen der gesellschaftlich-politischen Haltung der Kirche und theologische Fragen, wissenschaftspolitische Fragen, Hochschulpolitik, Fragen der Wirtschaftsplanung (etwa des Neuen Ökonomischen Systems), Konvergenztheorie, Fragen der Planung für die Zukunft, Marxismus-Leninismus-Diskussion (Diskussion des demokratischen Zentralismus o.a.), kulturelle Fragen (sozialistischer Realismus)".<sup>[41]</sup>

1973 unterbreitete die Geschäftsstelle - wegen anhaltender Widerstände allerdings ohne Erfolg - der Studentenpfarrerkonferenz eigene *Vorschläge zur Partnerarbeit*, die bestimmte Auswahlkriterien vorschrieben, "damit... aus der Zahl aller denkbaren Christen nur der Teil mit einer bestimmten politischen Überzeugung für die Partnerarbeit qualifiziert" werde, der ausreichend die "Bereitschaft zum Einsatz für unsere sozialistische Gesellschaftsordnung"<sup>[42]</sup> aufweise. Damit hatte sie aber den Bogen überspannt und stieß auf deutliche Ablehnung. Ihren vorläufigen Abschluss fand diese Auseinandersetzung mit folgender Kompromissformulierung der Studentenpfarrerkonferenz, die als interpretierbare Toleranzaussage gelten und der auch der Studentengemeinderat zustimmen konnte: "Als ESG-Glieder, die im Sozialismus leben und an der Gestaltung ihrer Gesellschaft verantwortlich teilhaben, brauchen wir das Gespräch mit Christen, die mit uns zusammen nach der Tragweite des Glaubens für die Wahrnehmung unserer jeweils konkreten Verantwortung für den gesellschaftlichen Fortschritt fragen."<sup>[42]</sup>

---

[39] Ebd.

[40] Ebd.

[41] Geschäftsstelle der Evangelischen Studentengemeinden in der DDR (Schulze, F.), Zwischenbericht zur Partnerarbeit, ebd.

[42] Noack, A. Die ESGn in der DDR, ebd., 214. Studentenpfarrerkonferenz, Paper, September 1974; zit. bei Noack, A., Die ESGn in der DDR, ebd., 219.

[42] Studentenpfarrerkonferenz, Paper, September 1974; zit. ebd., 219.

## Studentengremien, Arbeitskreise politischer Bildung, Studentenfarrerkonferenz

Die ESG-Geschäftsstelle koordinierte und beeinflusste die übergemeindlichen Organisations- und Arbeitsformen. Dazu gehörten regelmäßige *Vertrauensstudentenkonferenzen*, Vertretertreffen des *Studentengemeinderates*, die *Konferenz für neue (NV) und für ehemalige Vertrauensstudenten (AV)*, der *Arbeitskreis für Absolventen (AfA)*<sup>[43]</sup>, *ökumenische Konferenzen*, *Studienkonferenzen*, der *Beirat der evangelischen Studentengemeinden in der DDR*<sup>[44]</sup>, der *Arbeitskreis für Kirche und Gesellschaft (AKG)* und der *Arbeitskreis Cuba (AKC)* für "meist politisch interessierte Studenten der verschiedensten Studentengemeinden und Fachrichtungen"<sup>[45]</sup>. Eine *Ökumenische Sommerkonferenz* diente weiterhin der "jährliche(n) Begegnung zwischen den Evangelischen Studentengemeinden in unserer Republik und dem NCSV (Niederländischer Christlicher Studentenverband)"<sup>[46]</sup>.

Dieses Netzwerk von Konferenzen und Arbeitskreisen diente überwiegend der politischen Bildung und verhalf zahlreichen Studenten zu einem kritischen Urteilsvermögen, indem sie sich erstmals mit nichtorthodoxen marxistischen u. a. gesellschaftstheoretischen Vorstellungen bekannt machen konnten. Durch Referate westdeutscher Kommilitonen und Studentenpfarrer wurden so z. B. Mitglieder des Arbeitskreises für Kirche und Gesellschaft (AKG) explizit mit Begriff und Fragestellungen der politischen Bildung konfrontiert<sup>[47]</sup> - ein singulärer Fall in der Geschichte der protestantischen politischen Bildungsarbeit in der DDR.

### Konspirativer Aspekt

Es kann nicht überraschen, dass die intensive Bildungsarbeit der Studentengemeinden seitens des DDR-Staatssicherheitsdienstes einer strengen konspirativen Observation unterlag. Dieser bediente sich der Anwerbung oder Einschleusung sogenannter inoffizieller Mitarbeiter (IM)

Ein extremes Beispiel dafür ist der spätere Magdeburger Konsistorialpräsident Dr. Detlev Hammer, der als Jurastudent im Oktober 1970 gezielt in die ESG Halle eingeschleust wurde: "So verzeichnet der Treffbericht vom 16. und 18.12.1970, dass der IMV schriftliche Berichte über eine ESG-Veranstaltung am 16. Dezember, seine Kontaktaufnahme beim Studentenpfarrer am 18. Dezember und sein Eindringen in den Arbeitskreis Soziologie der ESG und einen Tonbandbericht mitbrachte... Die mitgebrachten Namenslisten führen dann zur KK-Erfassung und zum Aufklären einzelner

[43] Mangels weiteren Interesses ließ der gewählte Vorbereitungskreis 1975 "den ohnehin geschrumpften ‚AfA‘ damit in aller Stille sterben". Gleichzeitig wurde auf die halbjährlich angezeigte Publikation *Jungakademiker-Kontakt* verwiesen. Geschäftsstelle der ESGn in der DDR, Arbeitskreis für Absolventen, Anschreiben vom 22.02.1975, Ormigabzug, Privataarchiv Rothe.

[44] Die Zusammensetzung des Beirates: "3 Studentenfarrer (darunter der Vorsitzende der Studentenfarrerkonferenz), 7 Studenten (Studentengemeinderatsmitglieder, einschließlich des Vorsitzenden des AKG), 4 Jungakademiker, ein Vertreter der Freikirchen, ein Referent des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR, ein Schatzmeister, ein Fachmann für Mission und Ökumene (z.Z. unbesetzt), bis zu 4 weitere Mitglieder (meist Hochschuldozenten)." Geschäftsstelle der Evangelischen Studentengemeinden in der DDR, Arbeitshilfe für Vertrauensstudenten - Ökumenische Arbeitskreise, Ormigabzug, Berlin 1970, Privataarchiv Rothe.

[45] Ebd.

[46] "Wir haben geplant, nach je einem (politisch-ideologischen und theologischen) Grundsatzreferat mit ausführlicher Diskussion die gewonnenen theoretischen Erkenntnisse an konkreten Themenkreisen auf ihre praktische Verwendbarkeit hin zu überprüfen. Wir bitten Eure Gemeinde, möglichst einen Spezialisten für die Themenkreise ‚Vietnam‘ und ‚Warschauer Vertrag‘ zu stellen"; außerdem "Information und Gespräch zum Thema ‚Student und Hochschule (Protest - Reform)"". Geschäftsstelle der evangelischen Studentengemeinden in der DDR, Schreiben vom 22.05.1969, Ormigabzug, Privataarchiv Rothe.

[47] Rothe, S., Referat eines Referenten der ESG Reutlingen zu Fragen der "politischen Bildung", Mitschrift der AKG-Konferenz 29.12.1970, Privataarchiv Rothe.

Personen und Vorgänge. Er erhält den Auftrag, eine Vertrauensstellung beim Studentenfarrer Krötke zu gewinnen und weitere ESG-Veranstaltungen zu besuchen. ‚Bei dem IMV handelt es sich um einen jungen Inoffiziellen Mitarbeiter, der bisher gute bis sehr gute Ergebnisse in der Zusammenarbeit mit dem MfS erzielte. Innerhalb eines halben Jahres ist es ihm durch Einhaltung der Verhaltenslinie gelungen, in Kernkreise der ESG Halle zu gelangen. Des weiteren konnte er sich eine solche Stellung beim Studentenfarrer erarbeiten, dass seine Teilnahme an gemeinsamen Treffen der ESG Halle im Mai 1971 mit Westdeutschen möglich ist.‘ ... Am 14. Mai teilt er dem Führungsoffizier mit, dass er sich vom Studentenfarrer konfirmieren lassen wolle, um auf diese Weise einen besseren Stand in der Studentengemeinde zu haben. So ist es kein Wunder, dass er von der ESG Halle als Jugendsynodaler delegiert wird in die Provinzialsynode der Kirchenprovinz Sachsen. Bei der Synodaltagung vom 5.-9. November 1971 in Halle ist Hammer den Juristen des Konsistoriums offenbar so positiv aufgefallen, dass kurz danach bereits ein Kontakt mit Konsistorialpräsident Dr. Krause besteht ... Der Vorschlag [des Führungsoffiziers, A.R.] Jonaks vom 15.2.1973 zur Einschleusung des IMV Detlev, Reg.-Nr.VIII/809/70 als Jurist in das Konsistorium der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen‘ ist also bereits das Ergebnis ausführlicher Vorüberlegungen, in die Hammer seine Führungsoffiziere voll einbezogen hatte.“<sup>[48]</sup>

In enger Zusammenarbeit mit den SED-Parteileitungen und den von ihnen abhängigen staatlichen Leitern an den Hochschulen wurden die Studierenden mehr oder weniger diszipliniert. Das MfS bereitete politische Prozesse vor, die “in den fünfziger und sechziger Jahren in viel stärkerer Quantität durchgeführt wurden als später ... In der späteren Zeit sicherte sich das MfS seinen Einfluss auf die Zusammensetzung der Studentenschaft vor allem durch IM, die in den Universitätsleitungen Verantwortung trugen. Die Prorektoren für Erziehung und Ausbildung, für Gesellschaftswissenschaften und der Direktor für Studentenangelegenheiten trafen die letztgültigen Entscheidungen über Zulassungen zum Studium und über Exmatrikulationen von Studenten.“<sup>[49]</sup>

Daneben jedoch wurde weiterhin mit konspirativen und vormundschaftlichen Instrumentarien versucht, auf Beziehungen und Inhalte Einfluss zu nehmen, um gesellschaftspolitisch relevante Themenstellungen zu verhüten oder zu *theologisieren*. “Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Ziel des MfS darin bestand, über alle Aktivitäten der Studentengemeinde informiert zu sein, die Studenten und Studentenfarrer von ihren Vorhaben abzuhalten und Veranstaltungen zu verhindern, die nach Meinung der staatlichen Stellen ‚keinen kirchlichen Charakter trugen‘ ... Zu vielen kirchlichen Mitarbeitern, natürlich auch zu den Studentenfarrern, wurden Überwachungs- und Bearbeitungsakten angelegt, in denen konkrete Schritte zur Einflussnahme auf sie persönlich und ihre Aktivitäten festgelegt wurden.“<sup>[50]</sup>

Vom obrigkeitlichen Standpunkt aus - der Sicherung des Status quo - sind die nur als Personendossiers<sup>[51]</sup> zugänglichen Beurteilungen der Brisanz studentengemeindlicher Aktivitäten durchaus angemessen. Sie erlauben freilich auch die Einschätzung, dass es im Zusammenwirken der Partei- und Staatsorgane nachhaltig gelungen ist, den ost- und westeuropäischen Zeitgeist studentischen Protestes im Wesentlichen auf diese relativ kleinen kirchlichen Herde einzudämmen und die Funken nicht überspringen zu lassen.

---

<sup>[48]</sup> Schultze, H., Zachhuber, W., Spionage gegen eine Kirchenleitung. Detlef Hammer - Stasi-Offizier im Konsistorium Magdeburg, Magdeburg 1994, 12 f.

<sup>[49]</sup> Stengel, F., Die Bedeutung der Stasi-Akten für die Geschichte der Theologischen Fakultäten der DDR; in: Hollitzer, T. (Hg. im Auftrag des Bürgerkomitees Leipzig e.V. für die Auflösung der ehemaligen Staatssicherheit), Einblick in das Herrschaftswissen einer Diktatur - Chance oder Fluch? Plädoyers gegen die öffentliche Verdrängung, Opladen, 85.

<sup>[50]</sup> Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt, IM “Raucher” - Die Zusammenarbeit eines Studentenfarrers mit dem Ministerium für Staatssicherheit, Magdeburg 1997, 10.

<sup>[51]</sup> Vgl. Quellentext: Aus der MfS-Akte der Studentin J.

Überwachung und Beeinflussung betraf auch die *Ökumenische Studentenfarrerkonferenz*. Sie bildete ein wichtiges programmatisches Austauschgremium, das die evangelischen und katholischen Studentenfarrer in der DDR einmal jährlich, meist im Berliner Josephsheim, zusammenführte. Es gab auch Begegnungen mit der westdeutschen Studentenfarrerkonferenz, wenn diese gleichzeitig in Westberlin tagte. Hier nahm auch der langjährige Erfurter Studentenfarrer und Inoffizielle Mitarbeiter Dr. D. Haupt teil, den das Ministerium für Staatssicherheit 1974 als IMV „Raucher“<sup>[52]</sup> verpflichtet hatte. Er trat offen mit einer sogenannten positiven politisch-ideologischen Einstellung hervor und musste vom MfS sogar gebremst werden, seine *progressive Einstellung* und *gesellschaftliche Mitarbeit* in staatsloyalen Organisationen wie der *Christlichen Friedenskonferenz (CFK)*, der *Arbeitsgruppe Christliche Kreise bei der Nationalen Front*, dem sog. *Evangelischen Pfarrertag* u. a. zu stark in den Vordergrund zu stellen, um seine konspirative Aufgabe nicht zu gefährden.<sup>[57]</sup>

Aus den Akten: „Kurze Einschätzung der gegenwärtigen Zusammensetzung der Studentenfarrerkonferenz: (z.B.) Eisleben: ...Kleine ökumenische Studentengemeinde, sehr kirchlich, ohne großes politisches Profil, aber auch nicht negativ aufgefallen. Erfurt: Dr. Detlef Haupt. ESG stark von dem Bemühen geprägt, zu einem politisch eindeutigen Standpunkt zu finden. Einer der Wenigen in der SFK mit persönlichem positiven politischen Engagement (CFK, Pfarrertag usw.). Freiberg: ...Sehr aufgeschlossen und politisch ansprechbar; setzt sich damit ganz gut gegen die stark konservativ geprägten Studenten (Erzgebirge) durch.“<sup>[53]</sup>

Der internationale Zusammenhang wurde durch die jährliche *Europäische Studentenfarrerkonferenz* hergestellt. Ende der siebziger bis Anfang der achtziger Jahre nahm daran auch Haupt teil und erstellte darüber dem DDR-Geheimdienst auswertende Berichte.<sup>[54]</sup>

„Für die gesamte Zeit liegt eine umfangreiche, personenbezogene Berichterstattung mit teilweise sehr privatem Charakter vor, z.B. Mitteilung von Homosexualität. Hinzu kommen zahlreiche Berichte über Veranstaltungen, Konferenzen und Versammlungen. Die Berichterstattung erfolgte mündlich und schriftlich. Häufig finden sich Tonbandabschriften.“<sup>[55]</sup>

Nach Aktenlage berichtete der Studentenseelsorger „dem MfS über ein vertrauliches Gespräch, in dem ein junger Mann aus der evangelischen Studentengemeinde ihm mitteilte, dass er vom MfS zu einer Zusammenarbeit genötigt wurde“<sup>[56]</sup>.

<sup>[52]</sup> Nach der Richtlinie 1/68 des MfS waren IMV ‚Inoffizielle Mitarbeiter‘, die unmittelbar an der Bearbeitung und Entlarvung im Verdacht zur Feindtätigkeit stehender Personen mitarbeiten... und die bestehende oder zu schaffende Möglichkeiten maximal auszunutzen in der Lage sind, um Hinweise auf feindliche Tätigkeiten durch operative Maßnahmen zu klären. Ihr Einsatz erfolgt hauptsächlich zur direkten Bearbeitung verdächtiger Personen ...; Kontrolle und Überprüfung von der Feindtätigkeit verdächtiger Gruppierungen oder Einzelpersonen ...; BStU, Reihe A, Nr. 1., 163, zit. in: Die Landesbeauftragte, ebd., 9. Die ausgewertete Berichtsakte (Teil II) „umfasst vier Bände mit jeweils ca. 300 Seiten für den Zeitraum 1973 bis 1987“ aus dem Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes; sie wurde „bis Ende 1989 vom Führungsoffizier Saft geführt. Ein Zeitpunkt für die Beendigung der Tätigkeit von IM ‚Raucher‘ für das MfS kann aus diesem Grund nicht genannt werden.“ ebd., 10.

<sup>[57]</sup> „Bezüglich seines Standpunktes wurde ihm Anerkennung ausgesprochen, ihm jedoch erklärt, dass man im Interesse des Standpunktes bestimmte Taktiken entsprechend der gegebenen Situation anwenden muss. Demzufolge ist es notwendig, vorübergehend einige Handlungen auf Sparflamme laufen zu lassen.“ Abteilung XX/4, Erfurt, den 16.11.1974, Treff mit IMV „Raucher“ am 15.11.74, BStU, Ast. Erfurt, Reg.-Nr. IX 688/73 Teil II Bd. 1, Bl. 96. Faksimile in: Die Landesbeauftragte, ebd., 19.

<sup>[53]</sup> BStU, Ast, Erfurt, Reg.-Nr. IX 688/73 Teil II, Bd. 3, Bl. 181-183, Faksimile; in: Die Landesbeauftragte, ebd., 84f. Im Rückblick erklärt Haupt dazu: „Dass mich meine politische Einstellung anfällig gemacht hat, auch Gespräche mit einem Vertreter des MfS zu führen, empfinde ich als einen törichten Versuch und schlimmen Fehler. Aber ich habe nicht Recherchen angestellt und abgeliefert, habe nicht aktiv bei Ermittlungen mitgewirkt und ließ mich nicht dazu verleiten, ‚Karriere‘ in der Kirche oder in der Gesellschaft (z.B. in der CDU) zu machen. Es können wohl alle bezeugen, dass ich mich nicht habe ‚bremsen‘ lassen, meine politische Einstellung öffentlich zu vertreten!“ Haupt, Dr. D., Schreiben an Rothe vom 22.09.09, Privatarchiv Rothe.

<sup>[54]</sup> Z.B. Treffbericht IM „Raucher“ vom 18.05.1977 über die Europäische Studentenfarrerkonferenz 04.-09.05.1977 Burg Rothenfels am Main/ BRD; Faksimile in: Die Landesbeauftragte, ebd., 70ff.

<sup>[55]</sup> Ebd., 23.

<sup>[56]</sup> Ebd., 62.

Im Treffbericht heißt es dazu: "Abteilung XX/4, Erfurt, den 22.12.76. Übergeben: IMV ‚Raucher‘... Die Konspiration eines vermutlichen Informanten des MfS: ... erschien bei mir ... und informierte mich darüber, dass er im vorigen Jahr im Zusammenhang mit den Algerier-Zwischenfällen in Erfurt von einem Mitarbeiter des MfS dazu gezwungen wurde, für das MfS zu arbeiten und Informationen über verschiedene Personenkreise zu liefern u. a. und in der Folgezeit stärker über Veranstaltungen der ESG. Obwohl er anfangs zum Teil damit einverstanden war, sei er mehr denn je in Gewissenskonflikte geraten und habe dies auch dem Mitarbeiter des MfS gegenüber geäußert. Dieser habe jedoch auf einer weiteren Zusammenarbeit beharrt und im Falle seiner Nichteinhaltung mit Strafandrohung nicht unter drei Jahren ihn beängstigt. Nun wisse er keinen Rat mehr ..." [56]

### **Themenschwerpunkte 1970 - 1971**

Die Studentengemeinden in der DDR hatten entsprechend ihrer relativ gleichförmigen Situation im monolithischen Bildungssystem "von Nord bis Süd annähernd gleiche thematische Schwerpunkte" [58]. Für den exemplarischen Untersuchungszeitraum 1970/71 liegen 16 Semesterprogramme vor [59] aus den wichtigsten Hochschulstandorten: Berlin (1), Dresden (2), Erfurt (1), Freiberg (1), Greifswald (1), Halle (1), Ilmenau (1), Jena (1), Karl-Marx-Stadt (3); Leipzig (1), Magdeburg (2), Weimar (1). Nicht erfaßt wurden die Orte [60] Bautzen, Cottbus, Glashütte, Glauchau, Görlitz, Gotha, Güstrow, Bad Klosterlausnitz, Köthen, Merseburg, Mittweida, Naumburg, Neustrelitz, Postdam, Rostock, Schwerin, Werder, Zittau, Zwickau, Wismar. Der Auswertung wurden nur die in den Programmheften aufgeführten Veranstaltungen der evangelischen Studentengemeinden bzw. katholisch-evangelische Gemeinschaftsveranstaltungen zugrunde gelegt. [61]

Insgesamt vierzig Gottesdienste und 92 weitere Gemeindeveranstaltungen, die vorrangig der Gemeinschaftspflege dienen, stehen 259 themenorientierte zweistündige bis mehrtägige Bildungsmaßnahmen in Form von Vorträgen und Seminaren gegenüber. Die reichliche Hälfte (149) davon machen Themen aus, die sich biblischen, modernen theologischen und Glaubensfragen widmen. Neben traditionell apologetischen und missionarischen Aspekten trat die aufklärerische Funktion dieser Bildungsangebote immer mehr in den Vordergrund, wie einige Themenbeispiele verdeutlichen: [62] "Einführung in das theologische Denken der Gegenwart" [63], "Glaube ohne Mythos? Herbert Brauns Jesusbild" [64], "Der Tod Jesu - ein Versagen Gottes? (Paulus)" [65], "Theologie nach dem Tode Gottes (D. Sölle)" [66].

Der andere große Schwerpunkt der Bildungsarbeit ist das Themenfeld politischer Bildung mit 48 Themeneinheiten. In dieser Zahl sind in der Regel weitere thematisch relevante Maßnahmen nicht enthalten, wie themenorientierte gemeinsame Wochenenden und insbesondere zahlreiche Arbeitskreise, die sich mitunter als informelle oder vertrauliche Zirkel in den Amtszimmern der Pfarrer trafen. Diese wurden teils aus berechtigten Gründen politischer Vorsicht, teils aus organisatorischen Rücksichten zumeist nicht in den Semesterprogrammen ausgewiesen. Gerade hier fand eine intensive gesellschaftskritische politische

[56] BStU, Ast. Erfurt, Reg.-Nr. IX 688/72 Teil II Bd. 1, Bl. 293; Faksimile in: Die Landesbeauftragte, ebd., 70ff.

[58] Noack, A., Von der Opposition in die Innerlichkeit?, ebd., 81.

[59] Privatarchiv Rothe.

[60] Nach dem Verzeichnis "Anschriften der Pfarrer für Studentengemeinden in Orten mit Hoch- und Fachschulen in der DDR (Stand: April 1970)" Geschäftsstelle der Evangelischen Studentengemeinden in der DDR, Arbeitshilfe für Vertrauensstudenten, Berlin 1970.

[61] Qualitativ und quantitativ entsprechen dem parallele Angebote der Katholischen Studentengemeinden.

[62] Aus: ESG/KSG Karl-Marx-Stadt Information Studienjahr 1970/71, Vorlesungsabschnitt II.

[63] K.E. Schmidt, Werder, 17.03.1971.

[64] Studentenpfarrer D. Ackermann, Karl-Marx-Stadt, 24.03.1971.

[65] D. Mendt, Karl-Marx-Stadt, 31.03.1971.

[66] Studentenpfarrer D. Ackermann, Karl-Marx-Stadt, 23.04.1971.

Bildung statt, oft in Vorbereitung der regelmäßig organisierten Ost-West-Partnertreffen. In größeren Studentengemeinden erfuhren freilich nur Insider von diesen Arbeits- und Begegnungsformen.<sup>[67]</sup>

Einen hohen Anteil haben Einzelthemen mit gesellschaftspolitischer Relevanz.<sup>[68]</sup> Sie dürfen als exemplarisch gelten für die studentische Bildungsarbeit der ersten 70er Jahre. Stichwortartig bezeichnen sie die typischen Spannungsverhältnisse, wie sie die Studenten zwischen Konformitätsdruck und selbstbewusster Mündigkeit erlebten. Es gelang den Studentengemeinden zu dieser Zeit nur noch ausnahmsweise, couragierte nichttheologische Fachreferenten aus dem akademischen Bereich zu gewinnen, die sich bereit fanden, im kirchlichen Rahmen aufzutreten. Die Mehrzahl der Referenten waren infolgedessen Theologen oder andere Fachleute, die durch einen kirchlichen Arbeitsplatz gesichert waren.

Im Einzelnen können folgende Themenbereiche unterschieden werden: *Allgemeine gesellschaftstheoretische, philosophische und ideologiekritische Beiträge* (29 Themeneinheiten); *Beiträge zur Positionsbestimmung des Christen in der (DDR-)Gesellschaft* (11); *Beiträge zur Situation in der Arbeitswelt* (8). Einen weiteren Themenkreis bilden existentielle *sozialethische und psychologische Fragestellungen* (28 Bildungseinheiten), die unter den Bedingungen des Weltanschauungsstaates allein schon deshalb die Bedeutung und Funktion politischer Bildung gewannen, weil sie sich mit ideologisch tabuisierten Problemkreise befassten wie Tod, Angst oder Wissenschaftsethik.<sup>[69]</sup>

Der Themenbereich *Literarisches* umfasst 19, der Themenbereich *Künstlerisches, Musik, Malerei* 16, der Themenbereich *Ökumenisches in der DDR* 12 Veranstaltungen. Gravierend manifestiert sich die verinnerlichte Abschottung der DDR-Gesellschaft darin, dass sich lediglich 4 Veranstaltungen der *(religiösen) Situation im Ausland* widmen. Nur ein Aufruf der "ESG Potsdam an alle evangelischen Studentengemeinden in der DDR"<sup>[70]</sup> bahnt in diesem Zeitraum die spätere Schwerpunktsetzung *entwicklungspolitischer Bildung* an, die sich in den kommenden Jahren verstärken sollte. Das Engagement für die Dritte Welt führte auch unter Studierenden zu außerordentlich erfolgreichen Spendenaktionen. Damit gewann es zugleich eine wichtige "Stellvertreterfunktion für die fehlenden Möglichkeiten der innergesellschaftlichen Betätigung"<sup>[71]</sup>.

---

[67] z.B. in der ESG Leipzig; ähnlich der sog. Berlin-Arbeitskreis der ESG Karl-Marx-Stadt.

[68] S. Themendokumentation: Evangelische Studentengemeinden in der DDR (1970 - 1971), II 61.

[69] Diese Begriffe durften aus Gründen der Staatsräson außerhalb der kirchlichen Arbeit publizistisch nicht direkt angesprochen werden.

[70] Darin wird um Zustimmungserklärungen zur Stellungnahme des Präsidenten des Lutherischen Weltbundes, Prof. Dr. Mikko Juva gebeten, der den "Beschluss des Exekutivkomitees des Ökumenischen Rates der Kirchen, einige Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt in ihrem Kampf gegen den Rassismus finanziell zu unterstützen", ausdrücklich begrüßt. "Sie bittet ferner alle Studentengemeinden in der DDR um Bereitstellung von Kollekten zur Finanzierung einer kompletten Kindertageseinrichtung für ein bereits von der portugiesischen Kolonialherrschaft befreites Gebiet". ESG Potsdam, Mitglieder des Leitungskreises und der Studentenpfarrer schreiben an die Evangelischen Studentengemeinden in der DDR, 12. 11. 1970, Ormigabzug, Privatarchiv Rothe.

[71] Noack, A., Von der Opposition in die Innerlichkeit?, ebd., 83.

## Quellentext: Studentengemeinde als Gemeinde (Konzeptionsentwurf) <sup>[72]</sup>

Zitat: "Die Studentengemeinde widerspiegelt unsere allgemeine Situation: Sie ist ein kleines bißchen langweilig; aber es gefällt den meisten so." (Studentin, 4. Studienjahr)

Vergleichsbild: Studentengemeinde gleicht gegenwärtig einem Warmwasserboiler mit Aufheiz- und Kochstufe, der sich nach Erreichen der Höchsttemperatur abschaltet, das Wasser aber noch eine Weile warm hält.

1. Studentengemeinde ist eine Gemeinde auf Zeit, die versucht, christliche Gemeinde in ihrer Situation zu praktizieren.

1.1. Viele Studenten fühlen sich ihr zugehörig, ohne selbst gestaltend einzugreifen. Gemeinde ist Ort interessanter Angebote und Diskussionen und ein Treffpunkt "vernünftiger" Leute. Motive: Interesse, Maßstabsuche, Tradition, Neugier.

1.2. Diejenigen, die aktiv mitgestalten, erleben Gemeinde in sich verändernder Intensität, schematisch darstellbar in vier Phasen:

1.2.1. Eingewöhnungsphase (1./2. Stdj., Gemeinschaftssuche, Entwicklung eines Engagementbewusstseins);

1.2.2. Aktionsphase (2./3. Stdj., Mitdenken, Mitplanen, Leben in der Gemeinde, Funktionen);

1.2.3. Distanzphase (4. Stdj./ Diplomjahre, Sinken der Teilnahmefrequenz, Abnehmen der inneren Bindung zur Gemeinde, aber übergemeindliche Funktionen. Nur bleibt für wenige die Gemeinschaft lebensnotwendig. Neue Erfahrungen werden nicht erwartet);

1.2.4. Veteranenphase (Absolventen genießen ihr Ansehen, beraten, Abgang nach Heirat)

1.3. Erkennbare schwache Stellen

1.3.1. Die Fähigkeit zu Analyse, Selbstartikulation und selbständiger Arbeit nimmt weiterhin ab.

1.3.2. Die gesellschaftliche Verantwortungsfreudigkeit ist (zwar formal unbestritten, jedoch praktisch) gering. Berichte über eigene oder fremde schlechte Erfahrungen spielen eine verheerende Rolle.

1.3.3. Allem Geschehen in der Gemeinde haftet eine Atmosphäre der Unverbindlichkeit, des Beliebigen an.

1.3.4. Der Leistungsdruck für den aktiven Teil der Gemeinde ist enorm hoch und wird als (unzumutbare?) Belastung empfunden. Entlastung in und durch die Gemeinde wird erhofft.

1.3.5. Im Bewusstsein der Gemeinde ist der Pfarrer immer noch die Zentralfigur, allen Demokratisierungsbemühungen zum Trotz.

2. Drei G e m e i n d e m o d e l l e bieten sich an:

2.1. Studentengemeinde als offene Gemeinde für alle

Hauptarbeit: Bedürfnisforschung, um alle potentiellen Glieder zu erfassen und zu halten: Verzicht auf Profilierung und Polarisierung; Organisation und Attraktivität als Aufgabe der Leitung; Pfarrer als Vater aller.

2.2. Studentengemeinde als engagierte Gruppe

Festlegen auf eine bestimmte Konzeption oder Frömmigkeitsstil. Um des Zieles willen Verzicht auf Zurückbleibende.

---

<sup>[72]</sup> Sieber, U. (Jenaer Studentenpfarrer), Studentengemeinde als Gemeinde, SPK 73/3 (Beitrag zur Studentenfarrerkonferenz 1973), Ormigabzug, Kopie Privatarchiv Rothe.

2.3. Studentengemeinde als engagierte, verbindliche Gemeinschaft, umgeben von einem größeren Kreis mit loser Bindung. Mittelpunkt bleibt der wöchentliche Gemeindeabend, jedoch haben Bedarfsforschung, Planung und Organisation untergeordnete Bedeutung. Es bildet sich ein "Gemeindekern", der einen Teil seiner Zeit miteinander verbringt, sich kennt, Studien- oder persönliche Probleme bespricht, feiert. Offenheit wird erreicht durch Einbringen der eigenen Situation, durch aktive Informationsträger (Konferenzteilnehmer, SGR<sup>[73]</sup>, V's<sup>[74]</sup>, Pfarrer) und ständiges Hineinziehen neuer Leute (Reservoir: Gemeindeveranstaltungen).

Der gegenwärtigen Situation scheint das Modell 2.3 am ehesten angemessen zu sein; denn:

- es kommt dem Suchen nach einer intakten Gemeinschaft entgegen;
- bietet die Chance, mehr als nur angenehme Gesellschaft zu sein;
- gibt die Gelegenheit, sich in das Leben in einer Gruppe einzuüben, um in den anderen Gruppen rückenfreier, weniger furchtsam (opportunistisch?) und initiativreicher sein zu können.

### 3. Konsequenzen für unsere Arbeit

3.1. Bewusstes Arbeiten mit der kleinen Gruppe unter Verzicht auf totale Integration aller potentiellen Gemeindeglieder. Offenheit muss aus Situationsanalyse und Thematik erwachsen.

3.2. Alle Arbeitsvorhaben müssen aus der Unverbindlichkeit herausführen und den Anspruch zum Zuge bringen, dass Christsein (bei aller theoretischen Reflexion) eine neue Praxis provoziert. Der Anspruchscharakter biblischer Texte in Konfrontation mit eigener Situationsanalyse kann neue Anstöße vermitteln.

3.3. Sich ergebende eigene Formen oder Stile (auch aus der Tradition übernommene) sollten nicht prinzipiell in Frage gestellt werden, sondern auf ihre Funktion überprüft werden. Jede Gemeinschaft braucht ein Proprium, ohne sofort zum Konventikel zu entarten.

3.4. Um Provinzialismus und Nabelschau zu überwinden, müssen die Außenkontakte jeder Gemeinde verstärkt werden.

3.5. Die Impulseingabe durch den Pfarrer sollte ganz bewusst und gezielt geschehen. Ein durchsichtiger Führungsstil, parteiliche Argumentation und Herausforderung durch Inanspruchnahme können Unselbständigkeit und mangelnde Kritikfähigkeit abbauen helfen. Der Pfarrer muss ständig auf der Suche nach Persönlichkeiten sein, die sich durch ihren Widerstand zu Korrektiven und echten Partnern entwickeln können.

4. Bei allen Gemeindekonzeptionsüberlegungen darf an keiner Stelle ein Zweifel daran bestehen, dass Studentengemeinde als lebensnotwendige erfahrene Gemeinschaft immer eine dienende Funktion hat. Sie ist nur dann christliche Gemeinde, wenn der Einzelne durch die Erfahrung intakter Gemeinschaft zum Sich-Kümmern umeinander veranlasst und zur Übernahme von Verantwortung im jeweiligen Lebensbereich angestachelt wird.

## **Quellentext zur Rolle der ESG-Geschäftsstelle in der DDR: "Unser prinzipielles Ja zum Aufbau des Sozialismus" (Anfang der 70er Jahre)<sup>[75]</sup>**

<sup>[73]</sup> SGR = Studentengemeinderat.

<sup>[74]</sup> V's = Vertrauensstudenten, semesterweise gewählter Leitungskreis.

<sup>[75]</sup> Geschäftsstelle der Evangelischen Studentengemeinden in der DDR, Einige Thesen zum Thema: Was ist 'evangelisch' an der ESG? (von Dieter Reinfried), Berlin 1970, Wachsmatrizenabzug, Privatarhiv Rothe.

“(3.3) Das Ziel der sozialistischen Gesellschaft - menschliche Gemeinschaft ohne Unterdrückung - bedeutet Verwirklichung von Evangelium in neuer, gesellschaftlicher Dimension. (3.3.1) Diese Tatsache bedingt unser prinzipielles Ja zum Aufbau des Sozialismus. (3.3.2) Alle konkreten Erscheinungsformen und Prozesse müssen in der Dynamik begriffen werden, in der sich der Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung vollzieht. Die objektive Notwendigkeit einer bestimmten Bewusstseinshaltung, die durch Begriffe wie Klassenstandpunkt und proletarische Ideologie charakterisiert wird, muss deshalb in aller Konsequenz anerkannt und nicht als alternativ zum Evangelium verstanden werden. (3.3.3) Da Entscheidungen nicht nur von rationalen, sondern auch von emotionalen Momenten beeinflusst werden, erfordert die konstruktive Mitarbeit in unserer sozialistischen Gesellschaft ebenfalls eine parteiliche Entscheidung für den Sozialismus und damit Parteinahme für die DDR. (3.4) Über die Möglichkeiten des Engagements in der DDR zu theoretisieren ist überflüssig. Die Vielzahl der Möglichkeiten ist für jeden offensichtlich, der nur guten Willens ist und seine Verantwortung ernst nimmt. An dieser Frage wird sich in Zukunft entscheiden ob eine Gemeinde eine evangelische ist und ob Christen noch eine Existenzberechtigung haben.”

**Quellentext: Aus der MfS-Akte der Studentin J.**

“Charakteristisch bei ihr und damit für die gesamte Beeinflussung (sic!) innerhalb der ESG ist die negative Tendenz und das wachsende negative Einstellen zu unserer Republik. Beginnend mit den Fragen der Erziehung zum Hass, zu Fragen des gewaltlosen Widerstandes, zu Fragen unserer sozialistischen Wehrerziehung wird bei der J. ersichtlich, wie die ESG den Widerspruch zu unserem Staat bei den Studenten versucht zu vergrößern. NAME (geschwärzt) nutzte die leichte Beeinflussung bzw. Beeinflussbarkeit der J. aus und setzte sie als Vertrauensstudentin für das Herbstsemester 1970 ein. Bezeichnend war, dass mit der Übernahme dieser Funktion durch die J. die Arbeit der ESG einen Auftrieb erhielt und sich die Thematik in den Veranstaltungen vom rein theologischen Inhalt immer mehr abwandte und dafür aktuell-politische Fragen behandelt wurden. Nach ihrer Funktion als Vertrauensstudentin arbeitete sie auch in der ESG-Geschäftsstelle in Berlin im Arbeitskreis “Kirche und Gesellschaft” mit. Die Durchführung der konspirativen Durchsuchung ergab, dass sie in die vertraulichsten Dinge der zentralen Leitung der ESG eingeweiht (dito!) ist und auch deren vollstes Vertrauen genießt. In der Hauptsache ist die J. verantwortlich für die Aufnahme und Vertiefung der sogenannten Partnerschaftsbeziehungen nach WD (Mannheim, Reutlingen und Eßlingen) und in jüngster Zeit nach Holland. Es finden jährlich 2 Partnerschaftstreffen in Berlin statt und mehrere Zusammenkünfte mit holländischen Studenten.

Organisiert die J. mit die Zusammenkünfte mit den westdeutschen Studenten für die ESG Karl-Marx-Stadt, ist die Arbeit zur Knüpfung von Kontakten mit (schlecht leserlich) holländischen Studenten für die gesamte DDR gedacht, wobei die J. eine zentrale Stellung einnimmt ... Die J. hat durch ihre guten Beziehungen zur ESG-Geschäftsstelle auch Kontakt nach Holland bekommen. Sie wurde von der Geschäftsstelle als Partnerreferent eingesetzt und ihr die Aufgabe übertragen, für die Arbeitsgemeinschaft “Kirche und Gesellschaft” mit einer Jenaer Studentin die Holländerarbeit im Raum der DDR zu organisieren. Die holländischen Studenten waren jedoch nicht einverstanden, mit der Geschäftsstelle in Berlin zu verhandeln und suchten die Verbindung zu den einzelnen Gemeinden. Aus diesem Grunde nahm die ESG Karl-Marx-Stadt über die J. Verbindung zu holländischen Studenten in Utrecht auf. Sie organisierte auch ein Treffen mit holländischen Studenten in Karl-Marx-Stadt am 29.5. und 30.5.1971.

Bei einer konspirativen Durchsuchung am 29.5.1971 konnten ebenfalls Aufzeichnungen der J. dokumentiert werden, wo ihre negative Einstellung zum Ausdruck kommt. So schreibt sie wörtlich, "die ESG ist die DDR-Gegenposition zur marxistischen Einheitsmoral". Weiterhin schreibt sie auf einer Konferenz der Vertrauensstudenten am 25.8.1970 in Bad Saarow: ...Wir können Grenzen sprengen und die Freiheit lernen."<sup>[76]</sup>

## **Themendokumentation: Evangelische Studentengemeinden in der DDR (1970 - 1971)** <sup>[77]</sup>

Im Folgenden handelt es sich um die exemplarische Auswertung von 16 ESG-Semesterprogrammen aus den wichtigsten Hochschulstandorten: Berlin (1), Dresden (2), Erfurt (1), Freiberg (1), Greifswald (1), Halle (1), Ilmenau (1), Jena (1), Karl-Marx-Stadt (3); Leipzig (1), Magdeburg (2), Weimar (1). Nicht erfasst wurden die ESG-Standorte Bautzen, Cottbus, Glashütte, Glauchau, Görlitz, Gotha, Güstrow, Bad Klosterlausnitz, Köthen, Merseburg, Mittweida, Naumburg, Neustrelitz, Potsdam, Rostock, Schwerin, Werder, Zittau, Zwickau, Wismar; vgl. Geschäftsstelle der Evangelischen Studentengemeinden in der DDR, Verzeichnis "Anschriften der Pfarrer für Studentengemeinden in Orten mit Hoch- und Fachschulen in der DDR (Stand: April 1970)", Arbeitshilfe für Vertrauensstudenten, Berlin 1970, Ormigabzug, Privatarhiv Rothe. Der Auswertung wurden nur die in den Programmheften aufgeführten Veranstaltungen der evangelischen Studentengemeinden bzw. katholisch-evangelische Gemeinschaftsveranstaltungen zugrunde gelegt.

### *Allgemeine gesellschaftstheoretische, philosophische und ideologiekritische Beiträge:*

- "Der Mensch und sein Ziel"
- "Geschichtsauffassung bei Marx"
- "Utopie contra Fakten"
- "Helden - Idole - Autoritäten"
- "Vision vom schönen Leben"
- "Determination und Freiheit. Das Menschenbild bei Karl Marx"
- "Parteilichkeit"
- "Parteilichkeit - Toleranz - Versöhnung? Ein Orientierungsangebot"
- "Das Ende der Toleranz"
- "Gut ist, was dem Fortschritt dient"
- "Fakten und Erkennen"
- "Der Protest gegen soziale Ungerechtigkeit"
- "Verantwortung für den Frieden"
- "Martin Luther King - ein Mann mit einem Traum!"
- "Freiheit durch Grenzen?"
- "Mit der Teilung leben?"
- "Anpassung ohne Identitätsverlust. Soziologische Aspekte"
- "Gesellschaftliches Rollenverhalten"
- "Der Mensch in der Gesellschaft formt Gewissen"
- "Vereinsamung - der Einzelne in der Masse"
- "Wir, ihr - man. Zwischen Gruppe und Masse"
- "Kollektiv, Gemeinschaft, Gemeinde"

<sup>[76]</sup> Akte "J." Reg.-Nr. XIV /785/72 BV Karl-Marx-Stadt, S. 32 f., Privatarhiv Rothe.

<sup>[77]</sup> Sammlung ESG-Programmhefte, Privatarhiv Rothe.

- “Der Weg ins Leben. Zum Menschenbild in der Erziehung”
- “Kompromiss”
- “Überwindung des Moralismus - Das Beispiel Sexualmoral”
- “Sexualmoral im gesellschaftlichen Wandel”
- “Verbrechen ohne Verbrecher”
- “Über die Grundrechte des Menschen”
- “Wie recht muss das Recht sein?”

*Beiträge zur Positionsbestimmung des Christen in der (DDR-) Gesellschaft:*

- “Christ in der DDR”
- “Was erwartet unsere Gesellschaft von den Christen?”
- “Christen im Sozialismus. Analyse und Prognose”
- “Die fällige Hinwendung der Kirche zur Welt”
- “Die Rolle des Christen in der dynamischen Gesellschaft der Zukunft”
- “Der Mensch in der Gesellschaft sucht Liebe”
- “Der Mensch in der Gesellschaft braucht Vernunft”
- “Der Mensch in der Gesellschaft verlangt nach Glück”
- “Der Mensch in der Gesellschaft hat Angst”
- “Entfremdung und Sünde - zur Sicht des Menschen in unserer Zeit”
- “Überwindung der Entfremdung? Rückblick auf die Semesterthematik”

*Beiträge zur Situation in der Arbeitswelt:*

- “Der Christ und die Arbeit. Ansatzpunkt für unser verantwortliches Handeln”
- “Der gebildete Spezialist”
- “Quo vadis homo faber?”
- “Leistungsprinzip und Gnade - eine Alternative menschlichen Selbstverständnisses”
- “Mensch contra Computer. Arbeitsorganisation und menschliche Beziehungen”
- “Albert Schweitzer - Ehrfurcht vor dem Leben in einer technischen Welt”
- “Die höchsten Auflagen - die wenigsten Leser”
- “Podiumsdiskussion”

*Beiträge zum Themenkreis existentieller, sozialetischer und psychologischer Fragestellungen.<sup>[78]</sup>*

- “Informationstheorie”
- “Der Mensch und seine Grenzen”
- “Deine Sprache verrät dich - Sprachphilosophie”
- “Aufeinander zugehen - aufeinander losgehen?! Das Generationsproblem heute”
- “Probleme der Studentenehe”
- “Kann die Liebe Sünde sein? - Es ist alles erlaubt?!”
- “Student und Liebe”
- “Psychische Probleme des Studenten”
- “Wir haben keine Zeit - Zeiteinteilung und Freizeit in der Sicht des Studenten und Soziologen”
- “Was ist das: Zu-sich-selber-kommen des Menschen?”
- “Der Mensch im Kosmos”
- “Seminare zur Gesprächsleitung” (4)
- “Manipulation - der gelenkte Mensch”
- “Der Aggressionstrieb des Menschen und seine Steuerung”

---

<sup>[78]</sup> Diese Begriffe durften außerhalb der kirchlichen Arbeit publizistisch nicht direkt angesprochen werden

- “Der manipulierte Patient”
- “Klinische Aspekte des Sterbens”
- “Exitus”
- “Aus der Welt der gesunden Krüppel”
- “Transplantation als ethisches Problem”
- “Die biologische Zukunft des Menschen”
- “Humangenetik”
- “Der nackte Affe”
- “Programmierte Seelen”
- “Antiautoritäre Erziehung”
- “Spontaneität und Konvention”